

AKTUELLES

Karlsruhe prüft Auswahlverfahren für Medizinstudium 2
 Hohe Hürden auf dem Weg zum Medizinstudium 3
 Medizinstudium auch ohne Super-Abitur 4
 Türkische Wissenschaftler im Exil planen Online-Akademie 8
 Ostdeutsche Städte fordern Masterplan „Ausbau digitaler Bildung“ 10
 Neues Forschungsprojekt zur DDR-Geschichte 11

KULTURPOLITIK

Literaturnobelpreis für Brückenbauer Ishiguro 12
 Frankfurts Stadtmuseum mit neuem Konzept 14
 SPD-Kulturexpertin Högl für neue Debatte über Einheitsdenkmal 15

BERUF UND WEITERBILDUNG

EU-Kommission will Ausbildungen in Europa vereinheitlichen 19
 Wenn der Roboter Briefe bringt: Erster Alltagstest des Postbot 20

FORSCHUNGSPOLITIK

Medizinforschung: "Deutschland droht ins Hintertreffen zu geraten" 22
 Nobelpreis für Mikroskopietechnik: „Medizin auf anderem Level“ 24
 Aufbruch zu Mond und Mars? – Wohin die Raumfahrtnationen streben 26

HOCHSCHULE

Statistik-Professor will Vorhersagen auch für Regionen ermöglichen 29
 Immer mehr Hochschulabsolventen in Bayern mit Auslandserfahrungen 31

SCHULE

G9-Volksbegehren im Saarland begonnen 34
 In Baden-Württemberg fehlen Sonderpädagogen 35

VORSCHULE

Rot-Rot-Grün bei kostenlosem Kita-Jahr in Thüringen unter Zeitdruck 40

TERMINE 42

INHALT (GESAMT) 47

Verantwortlich: Kirsten Baukhage | +49 30 2852 32275
 dossier.bildungsforschung@dpa.com

AKTUELLES

Karlsruhe prüft Auswahlverfahren für Medizinstudium

Karlsruhe (dpa) – Das Bundesverfassungsgericht stellt die Zulassungsbedingungen für das Medizinstudium mit der Konzentration auf die Abiturnote auf den Prüfstand. Im Mittelpunkt der mündlichen Verhandlung am 4. Oktober in Karlsruhe stand die Frage, ob das derzeitige Verfahren mit dem Grundrecht auf freie Wahl des Berufs und des Ausbildungsplatzes sowie dem Gleichheitsgrundsatz vereinbar ist. (Az. 1 BvL 3/14 und 4/14)

Der Vorsitzende des Ersten Senats, Ferdinand Kirchhof, fragte eingangs, ob die Abiturnote in einem föderal differenzierten Schulsystem dafür überhaupt aussagekräftig sei. Hintergrund des Normenkontrollverfahrens sind Klagen von zwei Bewerbern für das Studienfach Humanmedizin vor dem Verwaltungsgericht Gelsenkirchen. Die Richter dort halten Teile der Regelungen für verfassungswidrig, weil viele Bewerber von vornherein ausgeschlossen seien. Für die Vergabe von Studienplätzen mit Numerus clausus ist die in Dortmund ansässige Stiftung für Hochschulzulassung zuständig.

Gelsenkirchener Gericht hält Auswahlverfahren für verfassungswidrig

Das Gelsenkirchener Gericht hält Wartezeiten, die die Regelstudienzeit überschreiten, für verfassungswidrig. Im Wartezeitverfahren dauert es derzeit 14 bis 15 Semester bis zur Zulassung. Der Bevollmächtigte der beklagten Stiftung für Hochschulzulassung, Max-Emanuel Geis, betonte, ein System, das Optimierungsbedarf habe, sei nicht automatisch verfassungswidrig. Ferner kritisierte das Verwaltungsgericht fehlende Länderquoten bei der Berücksichtigung der Abiturnoten im Vergabeverfahren der Universitäten.

In der Verhandlung kam von verschiedenen Seiten die Anregung, den Anteil spezifischer Test auszuweiten. „Wir sind dafür, in einem zentralen Test die menschlichen, empathischen und ärztlichen Fähigkeiten zu prüfen“, sagte der Präsident der Bundesärztekammer, Frank Ulrich Montgomery. In Hamburg gibt es nach Angaben von Wolfgang Hampe vom Universitätsklinikum Eppendorf bereits gute Erfahrungen mit Interviews.

Bis zu einer Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vergehen in der Regel mehrere Monate.

Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) forderte vom Bund bessere Chancen für alle Bewerber bei der Zulassung zu einem Studium. „In vielen Studiengängen ist ein Studienplatz selbst mit überdurchschnittlichen Abiturnoten erst nach langen Wartezeiten zu bekommen“, sagte der stellvertretende GEW-Vorsitzende Andreas Keller. Der Bund müsse sich

dpa-Dossier Bildung Forschung

Nr. 41/2017 09. Oktober 2017 - HOCHSCHULE

Forscher erzählt, er habe voraussehen können, wann genau eine Million Flüchtlinge in Deutschland ankommen, dann lache ich müde."

Birgit Reichert (Trier)

Internet:

- Wirtschafts- und Sozialstatistik Uni Trier <http://dpaq.de/ppELN>
- Zensus 2011 <http://dpaq.de/kV8vX>
- Zensus-Datenbank <http://dpaq.de/pXCqU>
- Statistisches Bundesamt Daten und Fakten <http://dpaq.de/hmxzH>

Immer mehr Hochschulabsolventen in Bayern mit Auslandserfahrungen

Berlin/München (dpa) – Studierende in Bayern zieht es immer mehr ins Ausland. Das von der EU vorgegebene Ziel, bis zum Jahr 2020 sollen 20 Prozent der Hochschulabsolventen in den EU-Ländern über mindestens drei Monate Auslandserfahrungen verfügen, erfüllten Absolventen in Bayern schon 2014. Das ergab eine Studie des Bayerischen Staatsinstituts für Hochschulforschung und Hochschulplanung (IHF), die im Oktober veröffentlicht wurde.

Danach studierten 25,2 Prozent aller Universitätsabsolventen in Bayern 2014 mindestens drei Monate im Ausland. An Hochschulen für angewandte Wissenschaften lag der Wert mit 19,7 Prozent knapp unter den 20 Prozent.

Teils deutliche Unterschiede in der Mobilität zeigten sich zwischen den verschiedenen Studienfächern und Studienabschlüssen. Am häufigsten mit mehr als Zweidrittel aller Absolventen zog es Humanmediziner laut Studie ins Ausland. Studierende mit Staatsexamen in Jura oder für das Lehramt waren danach weniger mobil. Von ihnen ging ein Fünftel während des Studiums ins Ausland.

Künftige Lehrer weniger an Auslandsstudien interessiert

Bei Bachelor- und Masterabsolventinnen und -absolventen lagen die Geistes-, Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften klar über der EU-Benchmark, während in den Natur- und Ingenieurwissenschaften die Auslandsmobilität im Bachelor deutlich geringer ausfiel, hieß es. Dafür ziehe diese Quote im Master wieder deutlich an und erreiche ähnlich hohe Werte. Über alle Fächer hinweg studierten mehr als ein Drittel aller Masterabsolventen (34,5 Prozent) für drei Monate oder mehr im Ausland. Knapp zehn Prozent weilten ein- oder mehrmals kürzer im Ausland.

dpa-Dossier Bildung Forschung

Nr. 41/2017 09. Oktober 2017 - HOCHSCHULE

Auffällig: Die künftigen Lehrer in Bayern waren weniger mobil. 21 Prozent der Lehramtsabsolventinnen und -absolventen verfügten über längere Auslandserfahrungen, 11 Prozent über kürzere. Auch hier variierten die Auslandserfahrungen je nach Schulart und Fächern. So studierten beispielsweise 80 Prozent aller Lehramtsbewerber mit einer modernen Sprache für das Gymnasium mindestens drei Monate im Ausland.

HRK: Hochschulen müssen mehr zu Auslandserfahrung motivieren

Hochschulen spielten eine Schlüsselrolle dabei. Studierende für einen Auslandsaufenthalt zu mobilisieren und ihnen so internationale Erfahrungen in einer zunehmend globalisierten Welt zu ermöglichen, hieß es in den Schlussfolgerungen. So könnten die Hochschulen viel dafür tun, Studenten Ängste und Vorurteile zu nehmen.

Die Hochschulrektorenkonferenz empfehle „die Verankerung von verbindlichen Mobilitätsfenstern in den Curricula der Studiengänge, eine Verbesserung der Anerkennung von im Ausland erbrachten Studien- und Prüfungsleistungen sowie das verstärkte Angebot von Hochschulen für integrierte internationale Studiengänge mit Partnerhochschulen im Ausland“.

Kirsten Baukhage (Berlin)

Internet:

- Studie des IHF <http://dpaq.de/2h4vj>

Auszeichnung für Konzept der HafenCity-Uni

Hamburg (dpa) – Eine fünfköpfige Expertenkommission hat in einem Gutachten die Interdisziplinarität und internationale Alleinstellung der HafenCity Universität bestätigt. Wie die Pressestelle des Senats mitteilte, wurde das entsprechende Gutachten am 2. Oktober im Hamburger Rathaus vorgestellt. In dem Bericht heißt es demnach, das Gründungskonzept einer die Disziplinen übergreifenden Zusammenarbeit der baubezogenen Fächer in einer Hochschule sei „nach wie vor von der Idee faszinierend und national wie international einzigartig“. Dennoch empfiehlt das Gutachten der Universität, das inhaltliche Leitbild zu präzisieren, die Interdisziplinarität weiter zu fördern und das Studienangebot sowie die Selbstverwaltungsstrukturen zu konzentrieren.

Nach Ansicht des FDP-Wissenschaftsexperten Wieland Schinnenburg bestätigt das Gutachten schon länger geäußerte Bedenken der FDP. So sei die Universität nach 2020 finanziell nicht überlebensfähig und außerdem zu klein. Er schlägt deshalb vor, die HafenCity Universität mit der TU Ham-